

MOTION von Sonja Gehrig (GLP, Urdorf), Melissa Näf (GLP, Bassersdorf) und Christa Stünzi (GLP, Horgen)

betreffend Solaroffensive I: Bau von Photovoltaikanlagen auf kantonalen Gebäuden, insbesondere Schulhäusern

Der Regierungsrat wird aufgefordert die gesetzlichen Grundlagen zur flächendeckenden Installation von Photovoltaikanlagen auf geeigneten Dächern von bestehenden und geplanten kantonalen Gebäuden, insbesondere Schulhäusern und anderen Bildungsbauten, zu schaffen. Sofern geeignet, sollen auch Fassaden berücksichtigt werden.

Sonja Gehrig
Melissa Näf
Christa Stünzi

Begründung:

Zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 und den nationalen und kantonalen Klimaschutzzielen braucht es in der Schweiz erhöhte Anstrengungen. Die Installation von erneuerbaren Energien ist dabei ein zentraler Punkt. Der Kanton Zürich soll dabei mit gutem Beispiel vorangehen.

Schulhäuser sind einfach verfügbare Flächen, meist mit brach liegenden Flachdächern, die aktuell kaum zur Stromerzeugung genutzt werden. Das ungenutzte Potenzial allein auf den bestehenden Dächern der kantonalen Schulgebäude von Mittelschulen, Berufsmaturitätsschulen, Universitätsgebäuden, Fachhochschulen (ZHAW, ZHDK) regionale Berufsbildungszentren etc. beläuft sich auf hunderte bis mehrere tausend Kilowattpeak (kW_p).

Die Erstellung von Solaranlagen ist sinnvoll und auch unter Berücksichtigung des «return on investment» wirtschaftlich. Eine PV-Anlage sorgt auf weit über 25 Jahre hinaus für reduzierte Energiekosten. Berechnungen aus vergleichbaren Bauprojekten zeigen, dass Solaranlagen mittlerweile problemlos eigenwirtschaftlich erstellt werden können. Das hat der Regierungsrat schon 2017 in Bezug auf Neubauten festgehalten (Vorlage 5380, Antwort zum Postulat KR-Nr. 348/2014). Jüngstes Beispiel ist die Kantonsschule Büelrain in Winterthur (vgl. KR-Nr. 172/2017), für dessen Solaranlage sich der Kantonsrat eingesetzt hat.

Eine gut dimensionierte PV-Anlage und eine durchdachte Gebäudetechnik ermöglichen einen hohen Anteil an Eigenbedarf. Seit 2018 ermöglicht das eidgenössische Energiegesetz auch die Bildung von Eigenverbrauchsgemeinschaften, was je nach Standort und Begebenheiten auch eine Vollbelegung der verfügbaren Flächen sinnvoll werden lässt. Experten sind überzeugt, dass die dezentrale Erzeugung und örtliche Nutzung von Energie ein wichtiger Anteil zur Energiewende beitragen wird.

Der tageszeitliche Anfall von Solarenergie passt perfekt mit dem Bedarfsprofil einer Schule überein. Bei Sanierungen oder Neubauten von Kantonsschulen und deren Dächern (Fassaden) sind Photovoltaikanlagen aktuell noch nicht immer Bestandteil der Ausschreibungen (Beispiel Erweiterungsbau der Kantonsschule Limmattal). Dies steht im krassen Gegensatz zum erwähnten Bericht des Regierungsrates Vorlage 5380 zum Postulat Nr. 348/2014. Aus diesem Grund erscheint es notwendig, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die alle Direktionen verpflichtet.

Der Kanton hat insbesondere bei der Bildung eine evident wichtige Vorbildfunktion. Tausende von jetzigen und zukünftigen Schülerinnen und Schülern, Studentinnen und Studenten werden solche Solaranlagen wahrnehmen und für die erneuerbaren Energien sensibilisiert. Ein Energiemonitor kann anzeigen wie hoch die aktuelle Produktion ist und wieviel vom Gebäudebedarf damit gedeckt werden kann.

Allein bei den Bestandsbauten der Kantonsschule Limmattal gibt es eine verfügbare und ungenutzte Dachfläche von gegen 3000 m². Werden dabei – ohne den geplanten Erweiterungsbau – auf 2000 m² Dachflächen Photovoltaik-Anlagen installiert, erhält man eine Leistung von >350 kW_p (>180 W/m²) bzw. einen potenziellen Jahresertrag von 350 MWh/a.

Bei den 22 Kantonsschulen und weiteren kantonalen Bildungseinrichtungen liegt demnach ein Potenzial brach, welches den Energiebedarf für Tausende von Haushalten decken könnte (durchschnittlicher Haushalt braucht etwa 4000 kWh/a).

Die Schweiz hat grossen Aufholbedarf bei der Produktion von erneuerbaren Energien, v.a. bei der Solarstromproduktion. Ein massiver Ausbau verringert ebenso die Abhängigkeit vom Ausland und hilft mit, den von der Schweizer Bevölkerung beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie nachhaltig vorwärtszubringen.

Es ist davon auszugehen, dass in naher Zukunft der Strombedarf markant zunimmt. Grosser Treiber dieser Entwicklung ist die Elektrifizierung bei der Wärmeversorgung von Gebäuden aber auch die zunehmende Elektromobilität. Zukünftig werden kantonale Gebäude – und damit auch Schulbauten – vermehrt mit elektrisch betriebenen Wärmepumpen ausgestattet und erhalten gegebenenfalls Ladestationen. Jede ausgetauschte oder vermiedene fossile Wärmeerzeugung bringt eine dringend benötigte Reduktion von belastenden Treibhausgasen. Wenn die Dekarbonisierung rasch vorangetrieben werden soll, drängt sich der Bau von grossen Solaranlagen aufgrund seines Potenzials aber auch aus volkswirtschaftlicher Sicht auf.